

Saarbrücken, den 23.03.2021

## PRESSEMITTEILUNG

### **Saarländischer Städte- und Gemeindetag: Bund und Land müssen der drohenden Verödung der Zentren durch ein Förderprogramm „Lebendige Innenstädte“ entgegentreten**

Laut Aussage des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey, sowie des stellvertretenden Präsidenten, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen, wächst in den saarländischen Kommunen die Sorge um die Zukunft der Innenstädte sowie der Stadtteil- und Ortsteilzentren. Die Zentren in den Städten und Gemeinden leiden unter Entwicklungen und Umbrüchen, die schon länger wirken und die das Gesicht der Kommunen nachhaltig zu verändern drohen.

„Der demografische Wandel, ein immer stärker boomender Online-Handel, die Ausdünnung der Nahversorgung sowie neue Trends im Einkaufsverhalten führen dazu, dass der Einzelhandel in den Zentren immer mehr an Boden verliert und erhebliche Leerstände zu verzeichnen sind. Die Innenstädte und auch die Zentren in den kleineren Gemeinden, die stark durch den Einzelhandel geprägt sind, drohen dadurch auch im Saarland zu veröden“, so Schmidt und Aumann.

Wie beide weiter feststellen, haben die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung wie die Schließungen des Einzelhandels diese Entwicklungen erheblich beschleunigt. Lebendige Innenstädte und Ortszentren seien aber für die Kommunen von zentraler Bedeutung. Sie sind Identifikations- und Aufenthaltsmittelpunkt für die Bürgerinnen und Bürger. „Verödet das Zentrum, droht auch der betroffenen Kommune der langsame Tod“, befürchten Schmidt und Aumann.

Das Präsidium des Saarländischen Städte- und Gemeindetages fordert daher Bund und Land auf, ein Förderprogramm „Zukunftskonzept für Lebendige Innenstädte“ aufzulegen, um damit die saarländischen Städte und Gemeinden in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Innenstädte zukunftsfähig zu machen. Orientieren könne man sich dabei beispielsweise an dem entsprechenden Programm des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Neben einer attraktiveren Gestaltung der Fußgängerzonen könnte das Geld unter anderem eingesetzt werden, um leerstehende Ladenlokale ebenso wie städtebaulich relevante Schlüsselimmobilien - wie z.B. ehemalige Kaufhäuser - vorübergehend anzumieten

und entwickeln zu können. Weiterhin könnte die Planung und Umsetzung von neuen Innenstadt-Konzepten gefördert sowie ein City- und Zentrenmanagement zur Zusammenführung aller Akteure der Innenstadt finanziert werden.

Für Schmidt und Aumann ist die Sicherung einer lebendigen Zukunft der Innen- und Ortszentren nicht nur eine Aufgabe der Kommunen, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe aller. Sie unterstreichen daher abschließend nochmals die Notwendigkeit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land.